

Zürich soll nun zeigen, wie klug es ist



Die Stadt Zürich hat jetzt eine Smart-City-Strategie, und schlecht findet das grundsätzlich niemand. Wie denn auch? Der Anglizismus lässt sich je nach politischer Ausrichtung anders verstehen: Für Grüne ist sie ein Instrument für mehr Ökologie und schonenden Umgang mit Ressourcen, Sozialdemokraten erhoffen sich mehr Bürgerbeteiligung, Bürgerliche wollen damit die Verwaltung verschlanken. Alles sind berechnete Erwartungen an eine «kluge» Stadt Zürich. Man hätte sich aber gewünscht, dass die soeben vorgestellte Zürcher Strategie dem ökonomischen Sparpotenzial noch mehr Bedeutung zukommen lässt.

Im weiten Feld an Optionen, was unter einer Smart City zu verstehen ist, hat der Stadtrat durchaus einige richtige Schwerpunkte gesetzt. Leitlinien und Instrumente zielen darauf ab, die Stadtverwaltung nach aussen zu öffnen und die Grenzen zwischen ihren Departementen aufzuweichen. Die Bürger sollen stärker in die Entscheidungs-

findung einbezogen, städtische Daten standardmässig allen einfach zur Verfügung gestellt werden. Die städtischen Mitarbeiter will man motivieren und befähigen, sich selbst innovative Projekte zum Wohle der Zürcherinnen und Zürcher auszu-denken und diese auch umzusetzen. In der Privatwirtschaft funktioniert dieser Intrapreneurship-Ansatz bisweilen ganz gut. Auch die Idee, «innovation fellows» – Expertinnen und Impulsgeber von ausserhalb – für einige Monate in die Stadtverwaltung zu holen, soll die Stadt durchaus weiterverfolgen.

Nebst diesen sinnvollen Prinzipien kommt im Papier aber zu wenig zum Tragen, dass es sich bei der Smart-City-Strategie auch um ein Effizienzprogramm handeln muss. Ziel ist es, Daten von der und über die Stadt besser zu nutzen und so aus weniger Input – Geld, Stellenprozenten, CO₂ – mehr Output, mehr Lebensqualität für die Bevölkerung zu generieren. Das heisst nicht, dass die Smart City ein Spar- oder Abbauprogramm ist. Das würde es bei der Verwaltung kaum beliebt machen, und der Stadtrat hat sich auch immer gegen eine solche Interpretation verwahrt. In einer wachsenden Stadt müssen Effizienzsteigerungen aber nicht zu Entlassungen führen; es reicht aus, wenn der Stellenetat der Kernverwal-

tung vom Bevölkerungswachstum stärker entkoppelt wird.

Wenn für Innovationsprojekte jetzt neue Fördertöpfe – Innovationsboxen und -kredite – geöffnet und Stellen geschaffen werden, widerspricht das zwar dem langfristigen Ziel der Übung. Doch erstens sind die Beiträge, im tiefen einstelligen Millionenbereich, zunächst überschaubar. Zweitens muss wie in der Strategie versprochen transparent ausgewiesen werden, in welche Projekte die Mittel fliessen. Hier wird es spannend: Es sind die Mitarbeiter der Stadtverwaltung aufgefordert, innovative Ideen einzureichen, wie diese Stadt lebenswerter, gesünder – oder gar steuerlich attraktiver – gemacht werden kann. Sie müssen sich exponieren und ihre Ideen als Unternehmer im Unternehmen verteidigen, verbessern und voranbringen. Das motiviert, führt aber auch eine Bringschuld mit sich.

In der Verwaltung stecken meist kluge Leute in nicht immer ganz so klugen Strukturen fest. Ab 2019 haben sie dank den Smart-City-Förderinstrumenten die Gelegenheit, zu zeigen, dass sie eben nicht nur Verwalter des Immergleichen sind. Es sei aber wichtig, heisst es dazu in der Strategie, «Projekte vorzustellen, die für Bevölkerung und spezifische Stakeholder klar ersichtlichen Nutzen» aufweisen. Dem ist nicht viel hinzuzufügen.